

Steuern, Standort, Unternehmensstrategie – Wie wettbewerbsfähig sind Deutschlands Steuer-, Zoll- und Investitionspolitik?

Christian Kaeser | Deborah Schanz | Caren Sureth-Sloane*

Steuern, Zölle und Regulierung greifen tief in Preisbildung, Lieferketten, Liquidität und strategische Entscheidungen von Unternehmen ein. In einer Phase geopolitischer Spannungen und zunehmender Fragmentierung der Weltwirtschaft wird deutlicher denn je: Steuerpolitik ist Standortpolitik. Doch wie wettbewerbsfähig ist Deutschland in diesem Umfeld noch?

1 Hohe Steuerbelastung und fehlende Verlässlichkeit hemmen Investitionen

Deutschland gehört weiterhin zu den wirtschaftlich starken Industrienationen, verfügt über ein dichtes Netz an Doppelbesteuerungsabkommen und stabile Institutionen. Gleichwohl mehren sich die Signale aus Wissenschaft und Praxis, dass sich die Gewichte relevanter Standortfaktoren verschieben. Nicht die Höhe der Steuersätze allein entscheidet über Investi-

* Prof. Dr. Christian Kaeser | Global Head of Tax | Siemens AG

Prof. Dr. Deborah Schanz | Betriebswirtschaftliche Steuerlehre | Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Caren Sureth-Sloane | Betriebswirtschaftslehre, insb. Betriebswirtschaftliche Steuerlehre | Universität Paderborn

Deborah Schanz und Caren Sureth-Sloane sind dankbar für die Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Sonderforschungsbereich (SFB/TRR) Project-ID 403041268 – TRR 266 Accounting for Transparency.

tionen, sondern das Zusammenspiel aus Komplexität, Planungssicherheit und administrativer Effizienz.

Gerade hier zeigt sich eine strukturelle Schwäche Deutschlands. Unternehmen berichten übereinstimmend, dass Unsicherheit zum zentralen Investitionshemmnis geworden ist, mehr noch als die Steuerbelastung selbst. Häufige Gesetzesänderungen, uneinheitliche Umsetzung europäischer Vorgaben und politisch motivierte Eingriffe erschweren die langfristige Planung. Hinzu kommt eine wachsende Regelungsdichte, die (unnötige) Ressourcen bindet und insbesondere mittelständische Unternehmen überproportional belastet.

2 Internationale Steuerregeln und Zölle verschärfen den Standortwettbewerb

Internationale Entwicklungen verstärken den Druck. Handelskonflikte und Zölle wirken nicht nur auf Preise, sondern beeinflussen Waren- und auch Investitionsströme. Doch gerade diese langfristigen Anpassungen benötigen Planungssicherheit, die derzeit vielfach fehlt.

Zugleich geraten internationale Steuerregeln selbst zum Wettbewerbsfaktor. Die globale Mindestbesteuerung etwa hat das Ziel eines „Level Playing Field“ bislang nur unzureichend erreicht, verursacht jedoch erhebliche Compliance-Kosten. Parallel bestehende Anti-Missbrauchsregeln verstärken die Komplexität, ohne klaren Zusatznutzen zu generieren. Auch Quellensteuern wirken in der Praxis häufig als Liquiditäts- und Investitionshemmnis, da Erstattungsverfahren insbesondere in Deutschland ineffizient und langwierig sind. Und Deutschland bleibt ein Höchststeuerland für Unternehmen. So ist es beispielsweise für Kapitalgesellschaften, gemeinsam mit Japan, das Land mit der weltweit höchsten Besteuerung ihrer Gewinne.

Ein strukturelles Problem liegt zudem in der europäischen Ausgestaltung: Während andere Wirtschaftsräume verstärkt auf steuerliche Anreize setzen, dominiert in Deutschland und Europa ein regulativer Ansatz. Dies führt zu höheren administrativen Lasten und einem weniger investitionsfreundlichen Klima.

Dabei sind Steuern nur einer von mehreren Standortfaktoren. Für Unternehmen stehen Infrastruktur, Verfügbarkeit von Arbeitskräften sowie Arbeitsmarktbedingungen und Energiepreise regelmäßig vor steuerlichen Einzelfaktoren. Dennoch spielt das Steuersystem eine wichtige Rolle: Die Kombination von hoher Steuerbürokratie und hoher Steuerbelastung wirkt sich messbar nachteilig auf Investitionen eines Landes aus. Steuern sind ein Standortfaktor, der im Vergleich zu Fachkräftemangel oder hohen Energiepreisen schneller und einfacher durch die Politik verändert werden kann.

3 Steuer- und Zollfragen werden zum Bestandteil strategischer Unternehmenssteuerung

Unternehmen haben in dieser Gemengelage vielfältige Möglichkeiten, sich an die geänderten Bedingungen anzupassen. Oft ist es dabei unabdingbar, sich organisatorisch und prozessual neu aufzustellen. Steuer- und Zollfragen sind nicht länger reine Compliance-Themen, sondern rücken in den Kern der Unternehmensstrategie. Die Steuer-, Zoll-, Finanz- und operativen Funktionen müssen besser verzahnt werden. Fragmentierte Zuständigkeiten führen in einem volatilen Umfeld zu Inkonsistenzen und Fehlentscheidungen. Resilienz wird zum Leitprinzip unternehmerischen Handelns. Diversifizierte Lieferketten, Lageraufbau und redundante Kapazitäten sind keine Ineffizienzen mehr, sondern Absicherungen gegen politische und steuerliche Schocks.

Um in dieser komplexen und geopolitisch oft instabilen Welt flexibel und vorausschauend agieren zu können, ist für Unternehmen die Verfügbarkeit von umfassenden (Echtzeit-)Daten unabdingbar. Diese werden zunehmend zur Voraussetzung für eine strategische Steuerung und erlauben es, steuerliche und zollrechtliche Auswirkungen in Echtzeit zu analysieren. Während große Konzerne entsprechende Systeme aufgebaut haben, fehlt diese Grundlage im Mittelstand häufig. Dies hat zur Folge, dass Entscheidungen unter erhöhter Unsicherheit getroffen werden müssen.

4 Weniger Bürokratie und mehr Planungssicherheit stärken den Investitionsstandort

Nicht nur Unternehmen sind in der aktuellen geopolitischen Lage aufgerufen zu überprüfen, ob sie ausreichend in der Lage sind, flexibel strategisch zu steuern. Auch die Politik muss durch Reformen die Standortattraktivität für Unternehmen erheblich verbessern. Die Handlungsspielräume der Unternehmen bleiben begrenzt, wenn die Rahmenbedingungen weiter an Komplexität und Unberechenbarkeit gewinnen.

Es bedarf einer umfassenden Reduktion von Steuerbürokratie und -komplexität. Viele Vorschläge liegen vor, beispielsweise von der Expertenkommission „Vereinfachte Unternehmensteuer“. Hierzu gehören die Vereinfachung der Gewerbesteuer, Decluttering bei überbordender Anti-Missbrauchsregulierung, eine Reduktion ausufernder Dokumentationspflichten zu Verrechnungspreisen oder Entlastung bei der Globalen Mindeststeuer. Die Vereinfachungen dienen dazu, unnötige Bürokratiekosten bei Steuerpflichtigen abzubauen und zugleich die Finanzverwaltung zu entlasten, die einerseits mehr und mehr Aufgaben bewältigen muss, zugleich mit massiv sinkendem Personalbestand die bestehenden Aufgaben

zunehmend weniger bewältigen kann. Erste Entlastungsreformen gibt es bereits auf deutscher und europäischer Ebene, mit Bürokratienteilungsgesetzen und dem EU-Steueromnibus. Doch bisher sind die Schritte zu zögerlich.

Auch die Verlässlichkeit und Planungssicherheit für Unternehmen müssen gestärkt werden, um Investitionen in Deutschland zu erhöhen. Instrumente zur effizienten Streitbeilegung wie verbindliche Auskünfte, Verständigungsverfahren oder Joint Audits existieren bereits, werden jedoch noch zu wenig genutzt oder sind ineffizient ausgestaltet. Bei Außenprüfungen sollte eine Wesentlichkeitsgrenze eingeführt werden. Ergänzend trägt ein stärker kooperativer Ansatz zwischen Unternehmen und Finanzverwaltung dazu bei, Konflikte zu vermeiden und Vertrauen aufzubauen. Für diesen Weg ist ein Mindset Shift in der Finanzverwaltung, aber auch bei Unternehmen nötig.

Die Steuerpolitik sollte stärker auf strukturelle Entlastung statt auf unsystematische Einzelreformen setzen. Sie sollte dabei vor allem Maßnahmen in den Vordergrund stellen, die Unternehmen in der Transformation entlasten. Denn neben den geopolitischen Verwerfungen sorgen auch andere Auslöser wie die rasant steigende Bedeutung von Künstlicher Intelligenz für Geschäftsmodelle und Unternehmensprozesse für (temporäre) Verluste. Zur steuerlichen Stabilisierung würden als wichtigste Maßnahmen eine verbesserte Verlustverrechnung und Erleichterung von Umstrukturierungen beitragen. Bei den Reformen benötigen Unternehmen Sicherheit – temporäre Einführungen und Abschaffungen wie bei der degressiven Abschreibung bewirken das Gegenteil. Die Wirkung der Reformen hängt von geringen administrativen Bürden ab. Gerade die Erfahrung mit der steuerlichen Forschungsförderung zeigt, dass gut gemeinte Instrumente ohne eine bürokratiearme, praktikable Ausgestaltung ihre Wirkung zu wenig entfalten können.

Weniger Komplexität und Bürokratie, mehr Verlässlichkeit und ein klares Verständnis von Steuerpolitik als Standortpolitik sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschlands wieder herzustellen.

Der Beitrag basiert auf den Ergebnissen der Schmalenbach-Tagung 2026 der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V., die am 26. März 2026 unter dem Titel „Steuern, Standort, Strategie: Neue Impulse für Unternehmen“ in Köln stattgefunden hat.